

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

116 (20.5.1919)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Gesundheitspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die Typsetz. Anzeigenzeitung od. deren Raum 25 J. zusätzl. 30 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2-9 vorm. für große Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

### Der Weltkrieg in Zahlen.

Karlsruhe, 20. Mai.

Was seine menschliche Empfinden hat durch die Gräulichkeit des langen Krieges gelitten. Doch was jetzt langsam an wachsenden Nachwehen über seine böseverwühlende Wirkung zutage kommt, müßte das Weltgewissen aufrütteln, selbst wenn es sich in den entfernten Winkel der Erde zum tiefsten Schloße verflücht hätte. Einen solchen zahlenmäßigen Bericht unternimmt jetzt die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges in Kopenhagen in einem Bulletin, zusammengestellt von C. Döring. Wir bringen aus diesem Tatsachenmaterial, das sich zunächst nur auf Deutschland bezieht, einige der interessantesten Daten und lassen sie in ihrer erschütternden Wirkung ganz für sich sprechen.

Im Jahre 1913 wurden in Deutschland lebend geboren 1 839 000 Menschen, im Jahre 1918 nur noch 945 000. In 51 Kriegsmonaten betrug

der Geburtenrückgang rund 3,5 Millionen.

Im Jahre 1913 starben in Deutschland Menschen, Alters ein Jahr: 728 000; im Jahre 1918 (einschließlich der Kriegsteilnehmer) 1 490 000. Die Zunahme dieser Sterblichkeit betrug in diesem Jahre 105 Prozent.

Wie zum Jahre 1913 vermehrte sich die Bevölkerung Deutschlands seit langer Zeit um jährlich rund 800 000 Menschen. Der Krieg unterbrach diese Entwicklung. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuss 894 000; im Jahre 1918 der Ueberschuß der Sterbefälle 885 000. Der Gesamtverlust an Bevölkerung in 4 1/2 Kriegsjahren im Deutschen Reich stellt sich demnach in einer Zunahme der Gestorbenen von 2,1 Millionen, in einer Abnahme der Geburten von 3,5 Millionen; das ergibt

einen Gesamtverlust von 5,6 Millionen.

Unter den Gestorbenen, die älter als ein Jahr waren, befinden sich einschließlich der „Vermissten“ etwa 1,8 Millionen Kriegsteilnehmer.

Der Stand der Bevölkerung vor dem Kriege betrug 67,8 Millionen; darunter 33,5 männlich, 34,3 weiblich. Bei normaler Entwicklung wäre der Bevölkerungsstand bis jetzt auf circa 71 Millionen gestiegen. In Wirklichkeit beträgt er nur noch 65,1 Millionen. Das Verhältnis der Geschlechter aber hat sich verkehrt auf 31,2 Millionen männliche, 33,9 weibliche Personen.

Die Zahl der Eheschließungen in Deutschen Reich betrug 1913: 513 283; schon im Jahre 1915 war sie gesunken auf 278 208. Vor dem Kriege war das Verhältnis der männlichen Einwohner Deutschlands zu den weiblichen etwa 1000 zu 1024. Nach dem Kriege ist es etwa 1000 zu 1036. Noch größer sind die Verheirathungen, wenn man nur die Ehemänner in Betracht zieht. In den Jahrgängen von 17 bis 45 Jahren kamen vor dem Kriege auf 1000 Männer etwa 1005 Frauen. Nach 4 1/2 Jahren ist das Verhältnis umgekehrt wie 1000 zu 1185. In den Jahrgängen von 20 bis 30 Jahren ist das Verhältnis noch größer. Dabei ist noch nicht in Betracht gezogen, daß ein beträchtlicher Teil der Kriegsinvaliden für Eheschließungen auch nicht mehr in Frage kommt. Millionen Frauen werden nach dem Kriege keine Möglichkeit haben, zu heiraten.

Die Zahl der wehrpflichtigen Deutschen, das heißt der Männer von 17 bis 25 Jahren, betrug um die Mitte des Jahres 1914: 13,6 Millionen. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1910 waren von den damals 11 608 028 Wehrpflichtigen 6 726 403 verheiratet. Von diesem Stand ausgehend, waren auch bei Ausbruch des Krieges über die Hälfte aller Wehrpflichtigen verheiratet. Schon im Jahre 1915 waren annähernd 9 Millionen Männer eingezogen, darunter etwa 5 Millionen Verheiratete, das heißt weit über ein Drittel aller Ehemänner in Deutschland. Bis Mitte 1918 waren etwa 60 Prozent aller Wehrpflichtigen eingezogen.

Als Folge dieser ungeheuren Einziehungen wurde das Verhältnis zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft total verkehrt. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen meldete an weiblichen Mitgliedern am 1. Januar 1914 1 617 009, am 1. Januar 1918 4 440 738. Anfang 1918 stellte das weibliche Geschlecht, trotzdem die männlichen Arbeitskräfte infolge der Stillstandspflicht aufs äußerste herangezogen waren, mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte. Rund drei Viertel der arbeitenden männlichen Bevölkerung im wehrpflichtigen Alter befand sich um diese Zeit im Reservat. Die Heranziehung der Frauen in die Schwerarbeit, speziell in die Kriegsindustrie, verbunden mit der Unterernährung und allem sonstigen Leid, ist es vor allem, die den Gesundheitsstand der arbeitenden Frauen herunterbrachte und die Sterblichkeit und Geburtenrückgänge zu ungeheurer beinahte.

Da die Zahl der Gestorbenen, die älter als ein Jahr waren, in den 51 Kriegsmonaten um über 2 1/2 Millionen gegenüber der Friedenszeit stieg, und da an Kriegssozialen, einschließlich der Vermissten, etwa 1,8 Millionen gezählt wurden, so hat der Krieg mehr als 700 000 Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert, eine Zahl von Blutschöpfen, die auch für sich schon von deutschen Statistikern errechnet wurde. Nach Berichten der Vereinigten ärztlichen Gesellschaften in Berlin sollen in Deutschland in den Kriegsjahren infolge Unterernährung insgesamt 763 000

Menschen gestorben sein, davon 260 000 im Jahre 1917 und 924 000 im Jahre 1918. Diese Zahlen beweisen, wie fürchterlich die deutsche Zivilbevölkerung unter dem Mangel an Lebensmitteln gelitten hat. Die Gesamtzahl der Todesopfer infolge Unterernährung beträgt rund die Hälfte der blutigen Verluste.

Die Heute des Hungertodes aber wurden vornehmlich die unterernährten Proletarier. Nach Mitteilungen des Preussischen Statistischen Landesamts starben an Tuberkulose unter der Zivilbevölkerung Preußens im Jahre 1913 56 861, 1917 dagegen 86 217. Für das Jahr 1918 schätzt die wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen eine Gesamtzunahme von 40 000. Das sind rund 70 Prozent! — Die Zahl der an der Grippe Gestorbenen ist ebenfalls fastleutend allein für Sommer und Herbst 1918 auf 150 000. An Grippe und Lungenerkrankungen starben in Berlin nach einem Bericht des „Vorwärts“ in der Zeit vom 29. September bis 9. November 1918 allein schon 2690. Das sind in sechs Wochen weit mehr als im ganzen Friedensjahr 1913.

Verheerend wirkt der Krieg auch bei den Alten. Nach dem Bericht der Landesversicherungsanstalt Berlin kamen 1916 auf 6879 Altersrentner 250 Todesfälle; 1917 waren es 644 bei 7538 Altersrentnern. Das ist eine verhältnismäßige Zunahme um rund das Doppelte. Von 34 063 Invalidenrentnern starben im Jahre 1916 3223; 1917 starben 4931 von 32 803. Die Zunahme beträgt hier 60 Prozent. — In ganz Preußen starben von den über 60 Jahre alten Personen 1913: 198 083, 1917: 270 679.

Und alle Sterblichkeit ist in den Städten größer als auf dem Lande. Das zeigt: Ein Verlust von 5,6 Millionen Menschen, darunter mehrere Millionen der kräftigsten und leistungsfähigsten männlichen. Hunderttausende der Ueberlebenden mehr oder weniger schwer verkrüppelt und seelisch gezeichnet. Eine umgekehrte Massenwanderung. Ferner über 800 000 deutsche Soldaten noch Ende Februar 1919 in Kriegsgefangenschaft. Der Gesundheitszustand fast der ganzen Bevölkerung infolge Unterernährung und Ueberarbeit enorm geschwächt. Die beste Arbeitskraft des deutschen Volkes zum großen Teil vernichtet. Ein noch lang andauernder Geburtenrückgang und auf Jahre hinaus eine höhere Sterblichkeitsziffer — das „Segen“ des Krieges!

Eine in ihren Wirkungen beispiellose Verwüstung an Menschenkraft, ein Chaos, in dem mit keinen Mitteln gar nichts auszurichten ist. Krieg wie dieser hinterlassen einen Zusammenbruch der Verhältnisse, in denen keine neue Normen entstehen zum Durchbruch kommen und alle Ordnungen verfallen müssen. Kriege wie dieser sind die Scholomachen der Weltgeschichte!

### Versailles.

Versailles, 19. Mai. Am 17. 5. ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, eine weitere das Saargebiet betreffende Note übergeben worden. Die Note enthält Vorschläge deutscher Sachverständiger zwecks Deckung des französischen Kohlenbedarfes durch geeignete Mittel, als sie im Friedensvertragsentwurf vorgesehen sind. Ihre Veröffentlichung ist nur für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegnerischer Seite Wert gelegt wird.

MAD. Spaan, 19. Mai. Heute fanden hier Verhandlungen finanzieller und wirtschaftlicher Natur, die auf den Friedensvertrag Bezug haben, unter dem Vorsitz des stellvertretenden Präsidenten des Reichsministeriums Dornburg statt. An ihnen nahmen teil der Minister des Auswärtigen Graf Prochorsky-Ranskau, der mit mehreren Herren der Friedensdelegation aus Versailles hier eingetroffen war und der Reichswirtschaftsminister Wissell sowie der preussische Finanzminister Südekum. Die Herren versickerten gegen halb 10 Uhr abends Spaan, um nach Versailles bezw. Berlin zurückzukehren.

MAD. Berlin, 19. Mai. Die Berliner Morgenblätter melden: Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beantragte beim internationalen sozialistischen Büro in Amsterdam die sofortige Einberufung der internationalen permanenten sozialistischen Kommission behufs Stellungnahme zu dem vorliegenden Entwurf des Friedensvertrages.

### Die deutsche Antwort fertiggestellt.

Berlin, 19. Mai. Die deutsche Antwort auf den Friedensvorschlag der alliierten und assoziierten Regierungen ist, laut „Berl. Tagbl.“ fertiggestellt und dürfte nach heute durch einen Kurier nach Versailles gebracht werden. Voraussichtlich am Donnerstag wird sie übergeben werden.

Berlin, 19. Mai. Der Berliner Korrespondent des „Temps“ will von einem Mitgliede des Friedensauschusses der Nationalversammlung aus dem Inhalt der deutschen Gegenentwürfe einiges erfahren haben, was unter Vorbehalt mitgeteilt wird. Es heißt es, Dazwig soll deutsch bleiben, nur der Dazwischen sollen als freibehalten mit selbständiger politischer Mitverwaltung eingerichtet werden.

Der Pariser Korrespondent der „Daily News“ hat angeblich den Eindruck gewonnen, daß die Bedingungen über das Saar-

becken geändert werden sollen. Frankreich soll während der nächsten zehn Jahre Kohlen in einer Menge von Deutschland erhalten, welche dem Ertrage der zerstörten französischen Bergwerke gleichkomme und zwar kostenlos. Außerdem werde Deutschland von Frankreich so viel Kohlen liefern, wie die Gruben in Nordfrankreich in den nächsten zehn Jahren weniger produzieren als vor dem Kriege. Diese Kohlen soll Frankreich jedoch vergüten.

### Immer größere militärische Vorbereitungen der Entente.

M. Karlsruhe, 19. Mai. Aus Ludwigshafen wird gemeldet, daß alle an den Rheinbrücken getragenen Garnitionen in der Pfalz, im Elsaß und im Rheintal vor einigen Tagen neuerliche starke Truppenzufuhren erhalten haben. Erhebliche Truppenmengen französischer Reserven, Infanterie und auch Artillerie sind eingetroffen. Die Infanteriereihe des Marschalls Foch wird fortgesetzt. Wahrscheinlich wird er zuerst die französischen Truppen in der besetzten Zone beschäftigen. Zu diesem Zweck begibt er sich nach Koblenz und Landau, wo er mit General Gerard zusammentreffen wird. Die pfälzischen Bahnhöfe haben infolge der bevorstehenden Ankunft des Marschalls besondere Vorkehrungen getroffen. In den belgischen Grenzgebieten sind bereits belgische Kontrollkommissionen eingetroffen.

### Intervention des Papstes.

MAD. Breslau, 19. Mai. Wie die „Schles. Volksztg.“ erfährt, hat der Fürstbischof von Breslau auf seine Bitte an den Papst um dessen Intervention für Wiederrückführung der Friedensbedingungen durch den Nuntius von München die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Papst bereits in dieser Richtung tätig sei.

### Internationaler Frauentongreß.

MAD. Zürich, 19. Mai. Meldung der Schweiz. Dep. An. Der internationale Frauentongreß führte seine Verhandlungen zu Ende, nachdem er zuvor eine Resolution zum Völkerbunde beschlossen hatte, in welcher es heißt, daß der Völkerbundensinwurf der Mieriten vielfach mit den 14 Punkten des Präsidenten Wilson in Widerspruch stehe und Bestimmungen enthalten, die nicht zur Sicherung des Weltfriedens beitragen würden. Es wurde ferner beschlossen, daß alle Delegierten nach der Rückkehr in ihre Länder Protestversammlungen gegen den Versailler Friedensvertrag veranstalten sollten.

### Die Nahrungszufuhr nach Europa.

Sankt, 19. Mai. Aus New York wird gemeldet: Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover hat einen ausführlichen Bericht über die Lage der verschiedenen amerikanischen Unterstüßungskommissionen in Europa veröffentlicht. Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß bis April insgesamt 591 843 Tonnen Nahrungsmittel in den verschiedenen Ländern Europas verteilt wurden. Davon haben erhalten: Deutschland 182 000, Deutsch-Oesterreich 85 900, Großserbien 15 000, Rumänien und die Türkei 4000, Bulgarien 7000, Nordfrankreich 3000, Belgien 120 000, Finnland 27 000 und Polen 38 000 Tonnen. Diese Mengen sind die Ladungen von 120 Dampfern, die während dieser Zeit in Europa eintrafen. Der Gesamtwert dieser Ladungen ist auf 148 Millionen Dollars angegeben. Sämtliche Lieferungen mit Ausnahme derjenigen für Deutschland sind auf der Post langfristiger Kredite abzugeben. Die wirkliche Bezahlung hängt von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung in Europa ab. Mit Ausnahme der 200 000 Tonnen amerikanischer Nahrungsmittel, die bereits in Europa lagerten, sind zwischen dem 1. Dezember und dem 1. Mai nach Europa versandt worden: Weizen 1 030 000, Mais 46 000, Weizen und Erbsen 19 000, Speise und Fleisch 98 000, kondensierte Milch 18 000, andere Nahrungsmittel 49 000, Kleider 7000 Tonnen. Der Gesamtwert wird auf 225 Millionen Dollar geschätzt.

Wenn die Zufuhren bis zum 15. Juli in dem heutigen Umfang aufrecht erhalten werden könne, dann ist nach Hoovers Meinung die Gefahr der Hungersnot in Europa beseitigt und die Gefahr des Bolschewismus weit geringer geworden.

### Kämpfe in Smyrna.

MAD. Konstantinopel, 19. Mai. Als gestern um 11 Uhr die griechischen Truppen in Smyrna landeten, wurden sie aus dem Lager der Türken mit Gewehrfeuer empfangen, das Stundenlang anhält. Es wurden über 200 tote Türken und 100 tote Griechen gemeldet. Die griechische Bevölkerung nahm eine feindselige Haltung an und es kam zu Mißhandlungen und Verhörungen der Türken. Die Lage des griechischen Besatzungslochs ist sehr schwierig.

### Gegeßel zwischen Engländern und Bolschewisten.

Seltingfors, 19. Mai. (Reuter.) Ein bolschewistisches Geschwader fuhr morgens aus Kronstadt aus. Gleichzeitig beschossen die bolschewistischen Batterien von Oranaja Gorka die Küste. Britische Kriegsschiffe schlugen nach einem Gefecht von 35 Minuten das bolschewistische Geschwader in die Flucht. Es wird gemeldet, daß ein bolschewistisches Schiff gesunken und ein zweites gestrandet ist.

### Der Putsch in der Pfalz.

Berlin, 19. Mai. Aus Speyer wird dem „Vorwärts“ von Speyer gemeldet: Am Samstag wurde hier ein französischfreundlicher Putsch versucht, an dem 21 Herren aus Landau beteiligt waren. Die Putschisten, hinter denen eine kleine Anzahl Nationalisten und Kriegsgewinnler stehen, verlangten vom Regierungspräsidenten der Pfalz die Ausrufung der selbständigen Republik Pfalz, um für diese einen günstigeren Sonderfrieden zu verlangen. Der Regierungspräsident lehnte das landesverräterische Ansuchen ab und betrieb telegraphisch für Speyer

... eine Versammlung ein, an der folgende Korporationen teilnehmen: Mitglieder der Nationalversammlung, des bayerischen Landtags, des Landtags der Pfalz, Führer aller politischen Parteien und Vertreter der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sonstigen Berufsverbände der Arbeiterbewegung. Nach eingehender Aussprache und einmütiger Verurteilung der Landauer Ausschüsse wurde eine Entschließung angenommen, in der mit großer Entschiedenheit betont wird, daß die Pfalz unteilbar zum Deutschen Reich gehöre. Die Pfälzer wollen in der schwersten Stunde der deutschen Geschichte ihrem geliebten Vaterland unterbreitete Treue halten. Die Versammlung spricht die überzeitliche Hoffnung aus, daß die für Deutschland unerträglichen Friedensbedingungen grundsätzlich gemildert werden und besonders die Bildung eines neutralen, das Saargebiet Teile der Pfalz umfassenden Staates vermieden wird, zumal die von Frankreich gestellten Ansprüche auf Kohlenbezugs ohne Abtrennung deutschen Landes befriedigt werden soll oder nicht, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die nur auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassung entschieden werden kann.

**Eine literale Mache.**

Der ganze Separiertrümmel scheint neben Maximalforderungen der Kriegsgewinnler hauptsächlich literale Mache zu sein. Die „N. Bad. Landesztg.“ erhält eine Zuschrift aus der Pfalz, in der es heißt: Die literale Presse der Pfalz ist zum Teil in ihrem blühendsten Leben gegen die revolutionären Umwälzungen im Reich derart allen vollen Empfängnis und Zusammengehörigkeitsgefühl entblüht, daß seit Wochen in der schamlossten Weise für eine Loslösung vom Reich und für eine westliche Orientierung Stimmung gemacht wird. Nicht ohne Schuld an diesen überaus traurigen Zuständen sind auch die politischen Führer der dieser Presse nahestehenden bayer. Volkspartei der Pfalz (Zentrum), die durch ihr Verhalten den Anschein erwecken, diesen Bestrebungen nicht entgegen zu treten. Nicht allein lehnen die pfälzischen Landtagsabgeordneten des Zentrums eine Teilnahme an den Sitzungen der bayerischen Abgeordnetenkammer ab, um Absehen von Reichsangelegenheiten. Daß diese um ihr Geschäft und ihren Wohlstand bangenden Gesellen und von einem Teil der literalen Unterführung findet, ist nur leider zu wahr. Diese Elemente sind die Träger der Putschversuche, aus der deutschen Pfalz eine pfälzische neutrale Republik von Frankreichs Gnade zu machen. Diese Kreaturen geben der französischen Besatzungsbehörde die Handhabe, dem Regierungspräsidenten der Pfalz die Forderung zu stellen, unverzüglich die pfälzische Revuepflicht auszuführen. Daß der Regierungspräsident dieses Verlangen mit Entschiedenheit ablehnt, daß er nur der rohen Gewalt in Form französischer Bajonette weichen wird, das danken ihm alle die hunderte deutscher Pfälzer, die nicht um schändlichen Vortells willen oder aus krassem Parteigegensatz ihr großes Vaterland in der Stunde der höchsten Not verraten.

**Der Prozeß gegen Ledebour und Däumig.**

Der Prozeß gegen Ledebour und Däumig, der heute vor dem Landgericht 1 Berlin begonnen hat, überreichte der Verteidiger Däumig, Dr. Roschke, ein Aktstück, nach welchem Däumig krank und für acht Tage verhandlungsunfähig sei. Das Gericht beauftragte den Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann, sich sofort in die Wohnung Däumigs zu begeben und dessen Gesundheitszustand zu begutachten. Zu Beginn der Verhandlung kam es zu einem Aufeinanderstoß zwischen dem Staatsanwalt Jumbreich und dem Angeklagten Ledebour, der sich freut, mit der Regierung abzurechnen zu können. Angeklagter war der Arzt Däumig, Dr. Dohle, an der Gerichtsstelle erschienen. Er behauptete, daß Däumig an einer verhältnismäßig schweren Grippe erkrankt sei und vorläufig noch nicht transportfähig ist. Nach kurzer Beratung des Gerichts verurteilte der Vorsitzende das Ausschließen des Angeklagten Däumig werde als entscheidend erachtet. Die Sache gegen Däumig wird vertagt und von der Sache Ledebour abgetrennt. — Nach Aufbruch der Zeugen wurde auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

**Zum Liebfrauen-Luzemburg-Prozeß.**

Reutnant Vogel entlassen. Berlin, 19. Mai. Das Garde-Kavallerie-Eskadronenkommando mit: Am Samstag, 17. Mai, nachmittags 3 Uhr 45 Min., ist ein Infanterieoffizier in Mütze und Umhang in einem dunkelblauen geschlossenen Privatkraftwagen vor dem Zellengefängnis in Moabit vorgefahren. Der Offizier hat aufgrund eines gefälligen Ausweises den im Unterjunkergefängnis wegen Ermordung der Frau Maria Luzemburg befindlichen Oberleutnant Vogel I abgeholt und ist mit ihm um 4,15 Uhr von dem Zellengefängnis abgefahren. Für die Ermittlung des schuldigen Oberleutnants Vogel und des ihn begleitenden Infanterieoffiziers oder für sachdienliche Angaben für deren Ermittlung wird eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt.

**Baden.**

Eine unverständige Maßnahme. In wiederholten Malen ist bei den verchiedensten Verwaltungsbehörden der Fall eingetreten, daß Ausschäftsbeamte, nachdem

**Aquis submersus.**

Novelle von Theodor Storm.

Ein dunkles Feuer glühte in seinen Augen, aber seine Hand lag stützend auf dem Kopf des blauen Knaben, der sich an seine Arme schmiegte. Ich verpaß' darob, des Posters Worte zu erwidern; mahnete aber: danck, daß wir in die Küsterei zurückgegangen, wo ich alsdann meine edle Kunst an ihrem Werdort selber zu erproben anhub. Wo man'erte ich fast einen Morgen um den andern über die Heide nach dem Dorf, wo ich allzeit den Postor schon meinhorend antraf. Geredet wurde wenig zwischen uns; aber das Bild nahm desto rascheren Fortgang. Gemeinlich sah der Küstler neben und in id schmeigte allerlei Geräte gar jäuberlich aus Eiderkoll, dergleichen als eine Kunstfertigkeit über allerbekannt, von ihm anflanden und darin vor Jahren die ersten Blätter dieser Niederschrift hinterlegt, als wie denn auch mit Wortes Willen diese letzten darin sollen beistossen sein. In des Posters Wohnung wurde ich nicht geladen und behrte selbige auch nicht; der Knabe aber war allzeit mit ihm in der Küsterei; er stand an seinen Knien, oder er spielte mit Reichelkinden in der Ecke des Zimmers. Da ich selbigen einmal fragte, wie er gehe, antwortete er: „Johannes?“ — „Johannes?“ entgegnete ich, „so heiße ich ja auch!“ — Er sah mich groß an, sagte aber weiter nichts. Woher rührten diese Fragen zu an meine Seele? — Einmal gar überredete mich ein finstere Bild des Posters, daß ich den Winkel müßig auf der Verwand ruhen ließ. Es war etwas in dieses Kindes Anst, das nicht aus seinem kurzen Leben kommen konnte; aber es war kein großer Bug. So,

... noch so sehr für den ihnen übertragenen Posten sich eignen, raschmöglichst wieder entlassen wurden, weil aus ihrem nachträglich eingeholten Zeugnis sich ergab, daß sie vorgetraut waren. Auf Gegenvorstellungen der Betroffenen erfolgte so ziemlich überall dieselbe Antwort, daß es sich mit den bei Stadtwahlungen usw. — herrschenden Grundätzen nicht vereinbaren lasse, daß vorbestrafte Leute in Dienst gestellt bezw. im Dienste behalten werden.

Diese Maßnahme, die so recht den vornehmlichen Geist in sich trägt, ist nicht dazu angetan, die praktische Fürsorge für besserungswürdige Verbreiter zu pflegen. Die Betroffenen wären genötigt, wenn jeder Arbeitgeber so verfahren würde, von neuem in einer Eingabe auszusagen. Die Interessenten haben in Entlassungen hingewiesen und mit Recht betont, daß zur Verteilung des Vaterlandes die Vorbestrafte gut genug waren.

Veränderung des Kirchengesetzes. Der Verfassungsausschuß des bad. Landtags hat sich in seiner letzten Sitzung mit einigen Bestimmungen des Kirchengesetzes befaßt, die durch die neue Verfassung hinfallen geworden sind. Zur Beratung hand n. a. der Absatz 1 des § 9 des Kirchengesetzes über die Mitgliedschaftserklärung bei Verleihung eines Kirchenamts. Ein Vertreter der Zentrumskraft gab hierzu die Erklärung ab, daß an dem Befehlen der theologischen Fakultäten festgehalten werde; für Theologie-studierende müsse auch fernere die Möglichkeit bestehen, sich auch in anderen Fächern weiterzubilden. Von Zentrumseite wurde ferner betont, der Überprüfungsrat habe sich im allgemeinen gut benannt und es sei hier kein Anlaß zu einer Änderung gegeben. Demgegenüber wurde von den Sozialdemokraten erklärt, daß die Staatsbeiträge zum Überprüfungsrat wegzufallen hätten. Einen anderen Standpunkt, und zwar denjenigen des Vertreters des Zentrums nahmen auch die Vertreter der Demokraten und der Deutsch-Nationalen Position ein. Auf eine Anfrage hin wurde von Regierungseite mitgeteilt, daß am 11. November 1918 für Siedingen, Zell, Freiburg und Waghäusel Ordensniederlassungen genehmigt worden sind und zwar ohne eine Beschränkung bezüglich der Vermögensvermehrung.

Die Schulpflicht. Das Schulgesetz enthält keine ausdrückliche Bestimmung darüber, ob auch Kinder, die das Alter der Schulpflicht noch nicht erreicht haben, in die Schule aufgenommen werden dürfen. Es verlohnt sich aber einen vorläufigen Eintritt in die Schule dadurch zu verhindern, daß es die Entlassung aus der Schule davon abhängig macht, daß der Schüler auf Schluß des Schuljahres das 14. Lebensjahr vollendet hat. Die Folge davon ist, daß Kinder, die nach dem 30. April des Jahres, in dem sie in die Schule eintreten, geboren sind, erst nach einem jährigen Schulbesuch entlassen werden können. In den Jahren 1911 bis 1913 wurden Kinder in die Volksschule aufgenommen, die das 6. Lebensjahr erst bis zum nächsten folgenden 30. Juni zurücklegten. Die Wirkung dieser Maßnahme ist an Ostern zum ersten Male hervorgetreten, wo die vorzeitig aufgenommenen Kinder zwar die jährige Schulpflicht vollendet, das Entlassungsalter aus der Volksschule aber nicht erreicht hatten. Die gleiche Entscheidung wird sich auch an Ostern der beiden nächsten Jahre wiederholen. Da alle diese Kinder bei genauer Anwendung des Schulgesetzes die Schule 9 Jahre lang besuchen müßten und dadurch sich eine vom Gesetz nicht gewollte Härte ergeben würde, hat das Unterrichtsministerium angeordnet, daß alle Kinder, die auf Ostern 1911, 1912 und 1913 vor Erreichung des schulpflichtigen Alters in die Volksschule aufgenommen worden sind, auf Ostern der Jahre 1919, 1920 und 1921 aus der Volksschule zu entlassen sind, wo sie bis zum 30. Juni dieser Jahre das 14. Lebensjahr vollenden. Die Entlassung der 1911 eingetretenen Schüler hat nachträglich alsbald zu erfolgen.

Turland, 19. Mai. Sonntag abend wurde aus dem Hofe des „Weberhof“, Größingstraße, ein Fahrrad gestohlen. — Aufgegriffen wurde eine obdachlose, schwächliche Person von etwa 30 Jahren aus Bauried. — Wie wir neulich berichteten, wurde in der Nacht vom 11. zum 12. Mai im Sanitätsdepot der Friedrichstraße ein Einbruchdiebstahl verübt und größere Mengen Gummi usw. entwendet. Nachdem bereits am folgenden Tag vier der Diebe ermittelt werden konnten, ist es der Verdonnerung gelungen, weite der Diebe zu verhaften.

Schulhaus, Amt Eppingen. (1. Mai-Schänder.) Nicht wenig scheint sich unter Bürgermeistern um die Anordnungen bezw. Gesetze der Regierung zu kümmern. Hier wird zurzeit das Rathaus umgebaut bezw. repariert. Die Arbeiten werden von Gipsermeister Hopf aus Ralsch und Maurermeister Schottmeister von Her ausgeführt. Abgesehen von den landwirtschaftlichen Arbeiten, die am 1. Mai hier ausgeführt wurden, wurde auch an dem Rathausbau gearbeitet, was eine gewerbliche Arbeit ist, da aber bekanntlich der 1. Mai als gesetzlicher Ruhetag angesehen ist, so verlangen wir Arbeiter, daß in Zukunft auch auf dem Lande der 1. Mai gefeiert wird, wie ein sonst fröhlicher Feiertag. Der Bürgermeister hätte diese Arbeit am 1. Mai bestehen sollen und weil er dies nicht getan hat, so möchten wir dem Herrn Oberamtmann empfehlen, diesen Herrn auf das Gesetz aufmerksam zu machen, damit er das nächstemal auch einen Feiertag, der ihm vielleicht nicht in den Kram paßt, zu würdigen weiß.

Baden-Baden, 18. Mai. In einer von der heiligen Sozialdem. Partei in den Garten des Kurhauses einberufenen Versammlung sprach gestern Freitag Gen. Bankier Karl Theodor Herr-

mann über „Staatskredit und Staatsbankrott“. Der Redner war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Redner ging zuerst auf den Unterschied zwischen Privatkonkurs und Staatsbankrott ein, der darin besteht, daß letzterer auf Zahlungsunfähigkeit beruhe, der letztere aber auf dem mangelnden Willen, den Schuldverbindlichkeiten des Staates nachzukommen. Staatsbankrott heiße nicht Staatsverrichtung, sondern bringe oft eine Neu belebung des Staates mit sich. Den Beweis dafür gab Redner an der staatlichen Finanzpolitik früherer Zeiten. Als Entscheidungen des Staatsbankrotts sind anzusehen: Schuldentilgungsverweigerung, Herabsetzung der Zinszahlung, Coupontsteuer, Umwandlung der Geldschuld in eine Papiergeld um. Die Möglichkeit der Finanzierung eines langen modernen Krieges erbeichte aus Voricht hinsichtlich des Umlaufs über die Möglichkeit der einen Staatsbankrott gibt es keine Entschuldigung angesichts seiner verheerenden Folgen wie Entvölkerung des Staats, Kräfte, Privatkonkurs, Vahmung von Handel und Gewerbe, Schädigung des kleinen Mannes und Untergrabung der Volksmoral. Redner protestierte sodann gegen die ungeheuren Friedensbedingungen der Entente und betonte, daß dieselbe das allergrößte Interesse an einem deutschen Staatsbankrott hätte. Nur eine intensive Produktivität unserer Wirtschaft könne denselben verhindern. Der frühere Reichsfinanzminister Schiffer hat ein großes Verbrechen damit begangen, daß er das Gesetz über die Einziehung der Kriegsgewinne verschleppt hat. Die mehrheitlich sozialistischen Staatsmänner werden alles tun, den Staatsbankrott zu verhindern. Redner besprach sodann in Verbindung mit der wirtschaftlichen Verdrängung auch die politischen Verhältnisse, wie Sozialisierung, Nichtstun usw. Mit der Mahnung, eine Bindung uneres Staatsbankrott sei nur möglich bei äußerster Sparsamkeit und enger Arbeit aller Volksgenossen.

Die Versammlung dankte dem Gen. Herrmann für die sehr reichen aufklärenden Ausführungen mit lebhaftem Beifall.

Verkehr nach Ostsch-Bödingen und Luxemburg. Zum Besond nach Ostsch-Bödingen und Luxemburg sind neuerdings ohne besondere Genehmigung nur zugelassen: Kohle, Holz, Kalk und Eisen. Für Grünholz und Bergwerksleistungen ist Besondere Genehmigung der interalliierten Wirtschaftsbehörden erforderlich.

Der Verkehr nach Bayern. Nach Mitteilung des Verkehrsamts München ist der Personenverkehr in ganz Bayern in der Folge beschränktem Umfang wieder aufgenommen.

Verbesserung des Zuges nach Frankfurt. Nachdem die französische Besatzungsbehörde die Wägenpoststrecke zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. für den allgemeinen Zugverkehr mit der Einschränkung freigegeben hat, daß die in dem Besatzungsgebiet verkehrenden Züge nur während der Tageszeit und ohne Halt auf den Zwischenstationen durchzuführen sind, wird der durchgehende Fernverkehr zwischen Darmstadt und Frankfurt vom Montag, 19. Mai an, wieder aufgenommen. Die hienach angelegten Züge und deren Verkehrszeiten sind durch Schalteranschlag bekanntgegeben und können bei den Stationen erfragt werden. Die über die Nebenbahnstrecke Dieburg—Oberoden bis Offenbach zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. verkehrenden Züge fallen vom 19. Mai an aus.

Warenproben nach dem Ausland. Die Poststellen sind ermächtigt worden, die handelsüblichen Muster und Proben von Waren, auch soweit sie nicht zur zum Gebrauch als solche verwendbar sind, ohne besondere Ausfuhrbewilligung zur Ausfuhr zuzulassen. Ausgenommen von der Ermächtigung sind Edelmetalle und Waren daraus, Lebensmittel, Chemikalien und Arzneimittel, soweit die Ausfuhr dieser Waren verboten ist.

Ein Augiasstall. Auf die Erweiterung der Landwirtschaftskammer zu dem Artikel „Ein Augiasstall“ wird uns aus Gernsbach geschrieben: Die Angaben in betr. Artikel sind durch die Berichtigung der Landwirtschaftskammer eigentlich nicht widerlegt. Als Raubpartei kann die Verdrängung der Wirtschaft nicht bezeichnet werden, den die Urheber des Artikels hätten für den Lohn, der in dem Betrieb bezahlt wurde, doch nicht mehr lange gearbeitet. Unsere wirtschaftliche Notlage erfordert es dringend, daß in jedem Betrieb, auch wenn er der bad. Landwirtschaftskammer gehört, peinliche und gewissenhafte Geschäftsführung herrscht. Es ist einfach nicht recht, wenn der Lebensmittel verderben und Lebensmittel abgegeben werden für Einzelne, die nicht bedürftig sind, wo frante und alte Leute sowie Kinder manchmal drauß verachten müssen, weil alles so rar ist.

Die Ermittlungen im Straßverfahren. Ueber die persönlichen Verhältnisse der Angeklagten, ihre Eigenart, ihren Entwicklungs- und Bildungsgang, ihre Lebensgeschichte, die soziale Lage, unter denen sie lebten und die Tat begingen, wurden von den Gerichten, im Strafverfahren bereits früher ermittelt. Das Justizministerium hat nun in einem Erlass darauf hingewiesen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen dieses Ergebnis an Bedeutung gewonnen hat, da die Lebensgeschichte während des Krieges oft außerordentlich die wirtschaftlichen Verhältnisse in vielen Fällen mehr als früher einem raschen Wechsel unterworfen waren. Die Staatsanwälte sollten bei der Ermittlung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters ihre besondere Sorgfalt zuwenden.

... dachte ich, sieht ein Kind, das unter einem kummerfüllen Herzen ausgehauet. Ich hätte oft die Arme nach ihm breiten können; aber ich äreue mich vor dem harten Manne, der es gleich einem Knecht zu behüten schien. Wohl dachte ich oft: „Woh eine Frau mag dieses Knaben Mutter sein?“ — Des Küstlers alte Magd hatte ich einmal nach des Prediger's Frau gefragt; aber sie hatte mir kurzen Bescheid gegeben: „Die kennt man nicht; in die Bauernhäuser kommt sie kaum, wenn Knechtler und Gockert ist.“ — Der Postor selbst sprach nicht von ihr. Aus dem Gorten der Küsterei, welcher in eine dicke Gruppe von Niederbüden ausläuft, sah ich sie einmal langsam über die Priesterkoppel nach ihrem Haus gehen; aber sie hatte mir den Rücken zugewendet, so daß ich nur ihre schlafende jugendliche Gestalt wahrnehmen konnte, und außerdem ein paar gelbliche Rädchen, in der Art, wie sie sonst nur von den Vornormen getragen werden und die der Wind von ihren Schößen weht. Das Bild ihres finstern Gesichts trat vor die Seele, und mir schien, es passe dieses Paar nicht wohl zusammen.

An den Tagen, wo ich nicht da draußen war, hatte ich auch die Arbeit an meinem Lazarus wieder aufgenommen; so daß nach einiger Zeit diese Bilder miteinander nahezu vollendet waren.

So sah ich eines Abends nach vollbrachtem Laatswerke mit meinem Bruder unten in unserem Wohnzimmere. Auf dem Tische am Ofen war die Kerze fast herabgebrannt, und die hölzerne Tischplatte hatte schon auf Eis getaut; wir aber saßen am Fenster und hatten der Gegenwart vergessen; denn wir gedachten der kurzen Zeit, die wir miteinander in unserer Eltern Haus verleben hatten; auch unseres einzigen lieben Schweserleins gedachten wir, das im ersten Kindbette verstorben und nun sich lange schon mit Vater und Mutter einer schicksalhaften Aufzucht entgegenzusehte. — Wir hatten der Baden nicht vorgeschlagen; denn es tat uns wohl, durch das

Dunkel, so draußen auf den Erdenwohnungen der Stadt lag in das Element des ewigen Himmels hinauszublicken.

Am Ende verstimmen wir beide in uns selber, und wie auf einem dunklen Strome treiben meine Gedanken zu ihr, bei der sie allzeit trüb und trüb saßen. — Da, gleich einem Stern aus unsichtbaren Höhen, fiel es mir plötzlich in die Brust: Die Augen des schönen blauen Knaben, es waren ja ihre Augen! Wo hatte ich meine Seele denn gehabt! — Aber dann, wenn sie es war, wenn ich sie selber schon gesehen! — Welch schmerzliche Gedanken stürmten auf mich ein!

Indem legte sich die eine Hand meines Bruders mir auf die Schulter, mit der andern wies er auf den dunklen Markt hinaus, von wannen aber ist ein heller Schein zu uns herüberströmte. „Sieh nur!“ sagte er. „Wie ant, daß wir das Plaster mit Sand und Heide ausgegipfelt haben! Die kommen von des Gledengiehrs Eckzeit; aber an ihren Stocken sieht man, daß sie gleichwohl hin und wieder stolpern.“

Mein Bruder hatte recht. Die tangenden Leuchten zeigten deutlich von der Trübsal des Gledengiehrs; sie kamen uns nahe, daß die zwei gemalten Scheiben, so schlief von meinem Bruder als eines Glases Meisterricht erstanden waren, in ihren letzten Farben wie in Feuer glühten. Als die Kronen erlosch erlosch, hörte ich einen unter ihnen sagen: „Gi treulich; das hat der Dunkel sein verurteilt. Sade mich langsam darauf gerichtet, einmal eine richtige Gaze so in der Wammen streuen zu können!“

Die Leuchten und die lustigen Leute gingen weiter, und draußen die Stadt lag wieder still und dunkel.

„Wohl!“ sprach mein Bruder; „den trübet, was mir trübet.“ (Fortsetzung folgt.)

r. Ba  
fäßl. Wa  
ringe, den  
mung bet  
besonders  
Wie imm  
Wahl ge  
Irene gef  
haben wu  
So lam  
Partei un  
besam 26  
mit uns  
Arbeit an  
nele, sie  
verloren.

r. De  
Sonntag,  
kals ein  
marschiere  
Demokrat  
sich einm  
son u bi  
Neuzeit  
sich freier  
sich doch  
Wähler für  
alten Ver  
bung der  
schick an  
Einblick f  
von Vorle  
jedem ja  
des für d  
neue, in  
Teil eing  
für die  
Vorteil, w  
nach Hau  
einer Stra  
be n s m i  
bessere.  
am meiste  
zu den L  
wure Rech  
abend eue  
kommt, jo  
Am 2  
sam m u  
meindew  
stet erhob  
Genossen

Die 5  
der M ch  
Lage gub  
offiziellen  
wird mög  
sich ein  
schon die  
fähre, den  
hat eben  
Borgänge  
formen oft  
Kraus a  
Kritikbe  
atmosph  
recht ein  
gingen, d  
einen and  
Ein i n  
winnen wo  
den, das i  
nicht halter  
Wnehmung  
Kraft der  
schweren  
schlossen  
schen Punkt  
herbor, d  
unmüßige  
Gemeinde.  
sten Genoss  
liche oder  
Mit h  
lung der  
berufen für  
bung des  
trafte hat  
eingeschr  
gewöhlich  
Interessen  
werden.  
Mit en  
wahlen na  
geben, schlo  
Offe  
berl Die  
in der „Br  
flugsblätter  
soll sich je  
am Wähl  
eine größ

Stilling  
verbreitung  
lichten Zon  
Reichsadler  
Stöhrer  
auf der all  
nissen unte  
wieder den  
selben habe  
Sagen uns  
ten gegeben.  
das Zukunf  
rat durch a  
geleistet m  
ständen nun  
entfennen).  
schen Zonde  
Sonne du  
Verne. In  
In der  
Armenkom  
Ebbe von 9  
Zeichnend

# Die Gemeindevahlen.

### Stadterverordnetenwahlen in Baden-Baden.

Baden-Baden, 19. Mai. In Anbetracht der Wichtigkeit der Wahl. Wahlen war die Beteiligung bei der gestrigen Wahl eine geringe, denn knapp 60 Proz. der Wähler haben sich an der Abstimmung beteiligt. Ganz besonders hat aber die Arbeiterklasse nicht besonders ausgiebig von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Die immer, hatte das Zentrum seine Frauen fast reiflos zur Wahl gebracht und seine konfessionellen Anstalten geschloffen zur Urne geführt. Auch die Dienstmädchen, diese Kernstufen der Armen, haben wohl zum größten Teil dem Zentrum Gesichtschaft geleistet. So kam es, daß das Zentrum mit 88 Mandaten als die stärkste Partei aus der Urne hervorging. — Die Sozialdemokratie bekam 26 Mandate, also die zweitstärkste Partei. Ein Erfolg, dessen wir uns freuen dürfen, der uns aber auch zu immer eifrigerer Arbeit anspornen muß; die Demokraten erhalten 21 Stadterverordnete. Die 4 Mandate haben die Konserwativen erobert.

### Der Mißmachsch marschiert auf.

Baden, 19. Mai. Die Gemeindevahlen finden am Sonntag, den 23. Mai statt. Die sozialdemokratische Partei tritt als einzige politische Partei in den Wahlkampf. Als Gegner marschieren zwei Mißmachschparteien unter dem Deckmantel von Demokraten und Zentrum auf. Die industrielle Arbeiterklasse möge sich einmal die Kandidaten der beiden Listen genau durchlesen, bevor sie die Urne der Bürgerpartei, bei der der größte Teil gute Gewandtheiten sind. Es ist bedauerlich für die heutige Zeit, daß sich freigelegte Arbeiter für eine solche Liste fördern lassen, wo sie doch bei Land- und Reichstagswahlen überzeuge sozialistische Wähler sind. Die Bürgerpartei kämpft mit allen Mitteln, um die alten Vorrechte in der Gemeinde sich zu erhalten und die Verschleppung der Vereinigung von Baden zu erreichen. Der Anschlag an die Stadtgemeinde Baden wäre aber in wirtschaftlicher Hinsicht für die industrielle Arbeiterklasse und das Gewerbe nur von Vorteil, es sei nur auf die Durchführung der elektrischen Straßenbahn nach dem Besten des Gemeinwohl. Eine Wohlthat wäre es für die gesamte Einwohnerschaft schon während des Krieges gewesen, wo die Zugverbindung zwischen Baden und Baden zum Teil eingestellt war und auch heute noch sehr mangelhaft ist. Gerade für die Arbeiter, die in Baden arbeiten, wäre es ein großer Vorteil, wenn sie zu jeder Stunde direkt von ihrer Arbeitstätte nach Hause gehen könnten und nicht notwendig hätten, an irgend einer Station für Mitfahrgelegenheiten einzusteigen. Auch die Lebensmittellieferung unserer Ortschaften wäre eine wertvollere. Auch hierunter hat gerade die industrielle Arbeiterklasse am meisten zu leiden, weil die Gemeinde Baden in der Versorgung zu den Landgemeinden zählt. Arbeiter, wolle sie, daß künftig eure Rechte richtig und gut vertreten werden sollen und entsprechend eurer Stärke ihr auf dem Rathaus eine Vertretung bekommt, so wählt geschloffen die Urne der sozialdemokratischen Partei.

Am Donnerstag, 22. Mai, findet eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Dr. Kraus spricht über die Gemeindevahlen. Zu gleicher Zeit soll in dieser Versammlung Protest erhoben werden gegen den Gewaltfrieden unserer Feinde Genossen und Genossinnen, an die Arbeit!

### Der Gemeindevahlkampf in Offenburg.

Die öffentliche Versammlung, welche am Freitag in der „Mehlhalle“ stattfand, war sehr gut besucht. Wenn uns am Tage zuvor der Vorwurf gemacht wurde, daß wir uns nicht an der offiziellen Kundgebung gegen den Gewaltfrieden beteiligten, so wird wohl jeder Besucher unserer Versammlung, die sich mit demselben Thema und mit den bevorstehenden Gemeindevahlen befaßt, den Grund herausgefunden haben. Die Sozialdemokratie hat eben das Bedürfnis und das Recht, sich nicht an die politische Vorgänge nach ihren Anschauungen kritisch zu betheiligen. Wir können ohne Heberhebung sagen, daß es dem Referenten Gen. Dr. Kraus ausgesprochen gelungen ist, die wichtigsten Punkte des Friedensvertrages und die verstandlich vor Augen zu führen. In atemloser Stille hörten die anwesenden Männer und Frauen den recht einbringlichen Worten, die in der Hauptsache darauf ausgingen, daß wenn es uns nicht gelingen sollte, dem Friedenvertrage einen anderen Inhalt zu geben, die Antwort nur ein glattes „Nein“ sein kann. Wenn wir wieder ansehen in der Welt gewinnen wollen, so müssen wir eine offene und ehrliche Politik treiben, das ist aber unmöglich, wenn wir etwas verhehlen, das wir nicht halten können. Wohl sind wir uns bewußt, daß wir mit der Ablehnung in eine folgenlosere Kampfeszeit eintreten, doch der Kraft der Internationalen wird es gelingen, als Sieger aus dem schweren Kampfe hervorzugehen. Hierzu bedürfte es aber der Geschloffenheit und Einigkeit des gesamten Proletariats. Beim zweiten Punkt „Die bevorstehenden Gemeindevahlen“ hob der Referent hervor, daß der Sozialismus nur verwirklicht werden kann durch unermüdete Arbeit in allen Körperchaften des Staates und der Gemeinde. Aus diesem Grunde müssen nur die besten und fähigsten Genossen in die Körperchaften entsandt werden, nicht persönliche oder sonstige Rücksichtnahme dürfen geltend gemacht werden.

Mit herrlichen Worten gedachte der Redner auch der Bedeutung der Frauen im öffentlichen Leben, welche besonders dazu berufen sind, als Erzieherin und Mutter an der kulturellen Bildung des Volkes hervorragen mitzuwirken. Die Sozialdemokratie hat von jeher die Bedeutung des Frauenwahlrechts richtig eingeschätzt. Wenn anfänglich auch nicht nach unserem Wunsch gewährt wurde, so würden die Frauen doch bald erkennen, wo die Interessen des werltlichen Volkes am wirksamsten vertreten werden.

Mit einem feurigen Appell, bei den bevorstehenden Gemeindevahlen nur der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben, schloß der Redner seine hochinteressanten Ausführungen.

Offenburg, 19. Mai. Achtung! Parteimitglieder! Die Parteimitglieder treffen sich am Mittwochabend 8 Uhr in der „Brauerei Mündinger“ zum Falzen und Auswerten der Flugblätter und Stimmzettel zu den Gemeindevahlen. Ferner soll sich jeder Genosse und Genossin betonen, die bereit sind, am Wahltag mitzubekommen. Es ist unbedingt notwendig, daß sich eine größere Anzahl zur Verfügung stellt.

Ettingen, 18. Mai. Nach einer vorausgegangenen Flugblattverbreitung eröffnete unsere Partei durch 3 Versammlungen am letzten Samstag in hiesiger Stadt den kommenden Wahlkampf. Zum „Reichsadler“ sprach vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft Gen. Söhre über „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“. Zugleich auf der allgemeinen politischen Weltlage und den trostlosen Werten unserer Zeit, biete uns das kommunistische Manifest immer wieder den Leitstern zu sicheren Höhen. Der große Schöpfer des Menschen habe mit Scharfsicht schon damals in ewig unvergänglichen Sätzen uns die Schlüssel und das Nützige zu den heutigen Kämpfen gegeben. Uebergehend zur Gemeindepolitik besprach der Redner das Zukunftsprogramm der Partei. Seit Einzug in den Gemeinderat durch zwei Genossen sei schon manche fruchtbringende Arbeit geleistet worden. Durch Wiederherstellung des alten Klassenwahlrechts ständen nun die Wege offen, falls die Wähler die Größe der Zeit erkennen, eine Vertretung zu entsenden, die frei von allen egoistischen Sonderinteressen die schwersten Aufgaben in fortgeschrittenem Sinne zu leisten nicht nur beschließen, sondern auch durchführen werden. Die Versammlung dankte durch reiches Beifall.

In der Diskussion besprach Gen. Eisele als Mitglied der Armenkommission die hohen Löhne der Armenkasse, die schon eine Höhe von 96 000 M. erreiche. Dies der beste Beweis, wie ungenügend man in Ettingen die Arbeiter mit Löhnen absperrt habe.

Eine höchst eigentümliche Sache brachte Gen. Eisele noch zur Sprache, wonach Herr Kunsmüller Deubel an das städt. Lebensmittelamt das Erzeugnis gestellt habe, 20 Liter Milch pro Tag an das Kriegszigaretten, natürlich zu erhöhtem Preis direkt liefern zu dürfen. Auch die Entlohnung der Badanstalt zeige die damalige Stadtverwaltung in besonders kleinstädtischer Eigenart. Genosse Söhre reagierte die in der Diskussion vorgebrachten Einwürfe in seinem Schlußwort. Als ein weiterer Beweis obiger Art diene auch die Verschönerung der Weisräder an eine Spekulationsgruppe. Die alten Sünden rächen sich jetzt furchtbar und nur eine weitgehende Verwaltung werde das zukünftige Problem lösen können, darum müsse die kommende Woche zu träftiger Verarbeitung für unsere Sache benutzt werden. Gen. Kappeler schloß hierauf die gut laufende Versammlung.

Zimmernstadt, 19. Mai. Für die Gemeindevahlen wird eine gemeinsame Liste aufgestellt. Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten erhalten je 12 Sitze.

Ettingen, 19. Mai. Für die Gemeindevahlen wurde hier eine gemeinsame Liste aufgestellt. Danach ergibt das Zentrum 18, die Demokraten 17 und die Sozialdemokraten 13 Sitze.

## Soziale Rundschau.

### Die Forderung der Kriegsschädigten.

Ettingen, 18. Mai. Die seit Wochen schwebenden Verhandlungen der Kriegsschädigten des Meierlagarets Ettingen führten nicht zur Erfüllung der gestellten Forderungen. Wie der „Mittelb. Anzeiger“ schreibt, war eine Abordnung der hiesigen Lagarets mit dem Staatsrat Dr. Haas in der letzten Woche bei der Regierung in Weimar, um ihre Forderungen zu begründen. Meierlagarets hiesig hielt dabei an dem Standpunkte fest, daß ihn die frühere Arme und ihre Anordnungen nichts angehe. Er vertrete nur die Reichswehr. Die Verbundenen wollten nun in die Reichswehr übernommen werden, um deren Angehörigen gleichgestellt zu sein, da ihre Wohnung zu gering wäre. Die badiische Regierung hält sich befanntlich in der Angelegenheit für nicht zuständig.

Am Mittwoch nachmittag werden nun die Lagaretsinsassen in einer öffentlichen Versammlung zu der ablegenden Haltung der Reichsregierung Stellung nehmen.

J. Nassau, 15. Ma. Der Entwurf des vom hiesigen Ortsrat der Anwohner, Dorfmeister und Technikerverbände ausgearbeiteten Bauvertrages liegt nun im Druck vor und wurde heute an sämtliche Anwohner-Organisationen sowie Gemeinde- und Staatsbehörden, die Anwohner befaßt, abgeleant. Der Text sieht nicht nur der Art entsprechende Gehälter vor, sondern regelt auch alle Arbeitsbedingungen, Kündigung, Urlaub usw. Es ist ferner die Bedingung darin aufgenommen, daß die Arbeiter nur organisierte Kollegen befaßt werden dürfen, denn das Anstell stellt sich auf den Standpunkt, den fürsich Finanzminister Wirth auch vertreten hat, daß nicht der einzelne, sondern nur die Organisationen berechtigt sein sollen, mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Darum, Kollegen, organisiert euch alle! (Für den Bauvertrag werden Anmeldungen von Gen. Langhans, Schloßstraße 9 entgegengenommen.)

k. Weingarten, 18. Mai. Gemeinnützige Vaugenossenschaft. Am Montagabend fand im „Möle“ unter der Leitung des Herrn Ratzeberger das Gründungsveranstaltung einer gemeinnützigen Vaugenossenschaft statt. Ein günstiger Stern waltete über der Versammlung, deren Verlauf ein gutes Vorzeichen für die Zukunft des jungen Unternehmens bedeutet. Der Vorstand sieht sich aus folgenden Herren zusammen: Hauptlehrer Wenz, Friedrich Maier, Eugen Spöhrer und Franz Jopp. In den Ausschüssen wurden gewählt: Stefan Bauer, Werner Walter, Schreiner Bieringer, Geschäftsführer Frank, Postkassier Julius Kitzler, Gemeinderat Wägele, Wälder, Schlichter Trautwein, Polizeidiener Hartmann und Apotheker Müllerberger. Die Wahlen erfolgten jeweils einstimmig. Der Geschäftskreis beträgt 200 M., der in Baden zu 10 M. einbezahlt werden kann. Die Einzahlung der Geschäftsanteile, wie auch Beitragsverpflichtungen können jeweils Montags und Donnerstags von 6 Uhr ab bei dem Kassier Eugen Spöhrer erfolgen. 100 Personen sind der Genossenschaft bereits beigetreten. Ein guter Anfang! Möge der neuerründeten Genossenschaft eine gute Zukunft beschieden sein zum Wohle der ganzen Gemeinde.

Die Anwaltsgehilfen. Ein Anwaltsgehilfe schreibt uns: Von allen Vaugenossenschaften waren von jeher die Anwaltsgehilfen am schlechtesten bezahlt. Gehälter von 180 M. für verheiratete Angehörige sind auch in der jetzigen Zeit keine Seltenheit. Jeder andere Arbeiter und Anwohner ist schon längst im Besitze eines der besten Lebensverhältnisse angepaßten Entlohnung; Staats- und städt. Beamten verdienen wiederum ihre Zulagen; der Anwaltsgehilfe ist geduldet und magt weiter am Hungertuche. Am März ds. J. hat der Verband der Anwaltsgehilfen den stärksten Verlust erlitten, indem der Anwaltsgehilfe zu einer Regelung der Gehaltsverhältnisse zu kommen. Was jetzt sind zwei volle Monate ohne irgend ein Ergebnis bestritten. Wie lange wir noch warten müssen, ist gar nicht zu ersehen. Was bei den immer noch stehenden Verhandlungen herauskommen wird, davon erhält man eine Ahnung, wenn man hört, daß sich der Vorstand der Anwaltskammer auf den Standpunkt gestellt hat, 120 M. für ledige und 160 M. für verheiratete Angehörige sei genügend. Vielleicht gibt uns der „Perr Rat“ gleichzeitig einen Rat, wie es unsere Frauen machen sollen, damit sie mit diesem „fürsichlichen“ Lohne haushalten können. Es ist kaum glaublich, daß man es wagt, in der jetzigen uns einen derartigen Hungerlohn anzubieten. Wir hätten wirklich etwas mehr Verständnis für unsere Lage von dieser Seite erwartet. Man begriffe es doch auch, wenn die Anwaltsgehilfen um 1/2 bezug, um 50 Prozent erhöht werden! Es wird aber solange nicht anders, als die Anwaltsgehilfen nicht selber klug werden.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes in der Landwirtschaft wird berichtet, daß das Angebot an ungelern Landwirtschäftlichen Arbeitern im Vergleich zu den vorhandenen offenen Stellen wächst. Etwa 85 Verwalter und Aufseher und ebensoviel Praktikanten und Volontäre können ebenfalls aus Mangel an Stellen nicht untergebracht werden. Dagegen besteht noch wie vor großer Mangel an Mädchen für Landwirtschaft, Haushalt usw.

Eine Besserung des Arbeitsmarktes ist für die nächste Zeit dadurch zu erwarten, daß allgemein eine vermehrte Bautätigkeit gemeldet wird. Dagegen ist die Lage in der Tabakindustrie durch Festhalten von Rohstoffen weiterhin ungnstlich. Es besteht die Gefahr, daß in der nächsten Zeit verschiedene Zigarettenfabriken vollständig stillgelegt werden. Gedacht werden allgemein eine größere Anzahl von Möbelfabrikanten, Schuhmachern, Schneidern, sowie Dienstmädchen, Köchinnen und Zimmermädchen.

## Gewerkchaftliches.

### Neuer Lohnsatz für die Maler.

Vom Verband der Maler wird uns geschrieben: Am 15. und 18. Mai hatte sich das hiesige Ortsratamt mit der Regierung über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu befaßt. Auf Grund der Berliner Vereinbarungen vom 29. April wurde eine weitere Lohnverhöhung von 40 % zugesprochen. Damit war ein Stundenlohn von 1,78 M. für Gehilfen unter 20 Jahren und ein solcher von 1,88 M. für Gehilfen über 20 Jahren erreicht. Da im übrigen Baugewerbe bereits ein höherer Lohn vereinbart war, wurden auch die Maler die Löhne zu erreichen. Erfreulicherweise ist dies auch unter Mitwirkung des Vorstehenden des Karlsruhe

Gewerbegerichts, Herrn Stadtrat Neukum, gelungen. Durch Vereinbarung wurde festgelegt, daß ab 15. Mai ds. J. für das Lohngebiet Karlsruhe und Durlach ein Stundenlohn von 1,88 M. für Gehilfen unter 20 Jahren und ein solcher von 2,00 M. für Gehilfen über 20 Jahren bezahlt wird. In Bezug auf die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit wurde nachfolgender Schiedspruch gefällt: Es wird für das Lohngebiet Karlsruhe, Durlach mit Wirkung vom 1. Juni ds. J. ab die Arbeitszeit wie folgt festgelegt: „Von 1/8 Uhr bis 1/12 Uhr vormittags und von 12 Uhr bis 4 Uhr nachmittags.“ In den Monaten Dezember und Januar ist die Dauer der Arbeitszeit den Tageslichtverhältnissen anzupassen.

An den in Karlsruhe und Durlach befaßten Gehilfen liegt es nun, daß die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen auch voll und ganz durchgeführt werden. Ebenso ist es auch Pflicht jedes Gehilfen, sich der Organisation anzuschließen, denn nur die Organisation als solche bietet die Möglichkeit, dem wirtschaftlichen Aufstieg der im Baugewerbe befaßten Gehilfen nachzugehen.

Söllingen, 14. Mai. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Werner u. Bid bekamen sich mit Recht über die schlechten Verhältnisse in ihrem Geschäft. Löhne von 2 und 3 M. pro Tag sind selbstverständlich nicht dazu angetan, zuarbeiten zu sein. Aber den Arbeiterinnen und Arbeitern der Firma Werner u. Bid muß aber auch gesagt werden, daß mit Klagen allein nichts getan ist, sondern daß sie sich organisieren müssen im deutschen Textilarbeiterverband. Nur wenn hinter dem Arbeiterausfluß eine organisierte Masse steht, ist es möglich, die traurigen Verhältnisse zu ändern.

Gans Kanerl 7. Der Hauptkassier des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Hans Kanerl, ist am 10. Mai im Alter von 56 Jahren gestorben. Kanerl befaßte das Amt des Hauptkassiers seit 21 Jahren. Die Organisation der Brauerei- und Mühlenarbeiter befaßt in ihm einen pflichttreuen Beamten, seine Mitarbeiter in der Hauptverwaltung einen von allen geschätzten Freund und Arbeitskollegen.

Die Anwohner der Berufsangehörigen Baden hielten in der Ortskirche in Karlsruhe eine Versammlung ab, die von den Rheinheimer, Freiburger und Karlsruhe Kollegen sehr gut besucht war. Zur Verhandlung standen vorangeordnete Organisations- und Reformfragen. Einmütig wurde der Zusammenschluß der Berufsangehörigen im „Verband der Vaugenossenschaft Deutschlands“ befaßt, wobei besonders bemerkt wurde, daß nunmehr fast alle Kollegen in Baden in dem Verbande organisiert sind und damit gechlössen ihre Interessen vertreten können. Die Verhandlungen nahmen einen sehr anregenden Verlauf und befaßten zu der Hoffnung, daß die nächsten Ziele (Minderung der Dienststunden, Erhöhung der Gehälter, Regelung der Arbeitszeit und des Urlaubs) bald erreicht werden können.

Die Arbeiter. Dem Beispiel des Kaufmännischen Vereins von 1888 folgend, hat sich auch der Leipziger V. d. G. entschlossen weibliche Mitglieder aufzunehmen. Das Umlernen ist eben ein Teil der Zeit. Der Verband der schon immer für die Gleichberechtigung der Frau gekämpft hat, heißt den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen.

## Kommunalpolitik.

### Die Wohnungsnot in Achern.

Achern, 17. Mai. Wie in den meisten Städten, so herrscht auch hier seit etwa einem Jahre großer Wohnungsmanangel. Unter diesem leiden die unteren Schichten der Bevölkerung und somit die kinderreichen Familien am härtesten. Um dieser Wohnungsnot entgegenzuwirken, wurde Ende April eine Versammlung im Saale zum „Achern“ abgehalten und eine gemeinnützige Vaugenossenschaft ins Leben gerufen. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Herren Bürgermeister Schöckler, Kaufmann Gasse und Rechtsanwalt Nees. Zu Aufsichtsratsmitgliedern wurden gewählt die Herren Stadtrat Lott, Finanzassistent Kaff, Hiltnermeister Stoll, Maschinenmeister Albin, Kaufmann Michel, Baugewerksmeister Huber. Die Zahl der Genossen beträgt 182, jene der Anteile 170. Das Eintrittsgeld beträgt 5 M. ein Anteil 200 M. und die Kassenkasse ebenfalls 200 M. Mehr als 100 Anteile dürfen nicht erworben werden. Um auch Windermittelzeiten die Mitgliedschaft zu ermöglichen, können die Anteile in monatlichen Raten von 5 M. einbezahlt werden. Im Auge gefaßt ist die Erbauung von Einfamilienhäusern. Die Nachfrage ist noch nicht festgelegt und mit der Beschaffung von Baumaterial wird es erst recht keine Schwierigkeiten haben, da zur Gewinnung von Ziegeln und Backsteinen aus der hiesigen Lehmgrube doch erst ein Brennlofen erstellt werden muß und auswärtige Ziegeln nicht kaum in der Lage sein werden, solche zu liefern. Die Hoffnung auf Fertigstellung gesunder Wohnhäuser bis zum 1. Oktober ds. J. ist eine geringe und das drohende Gespenst „Wohnungsnot“ wird bis zu diesem Zeitpunkt eine noch schrecklichere Gestalt annehmen. Eine Wohnungsnot besteht, wie schon oben erwähnt, nur für die unteren Schichten der Bevölkerung. Gewisse Leute in geräumigen Villen — oft nur von 2-3 Personen bewohnt — haben über eine Wohnungsnot allerdings nicht zu klagen. Und gerade diese Kreise waren es, die beim Zurückfluten des Rheibeeses für die abgehenden todtrinken Krieger kein Pfläcken übrig haben wollten, während kinderreiche Familien ihre engen Wohnräume gerne zur Verfügung stellten. Eine betrübliche Verteilung macht sich nun auch unter jenen Kriegsteilnehmern bemerkbar, die nach vierjährigem Kämpfen für das Vaterland in diesem nun nicht einmal eine bescheidene Wohnung finden können. Es ist ja während des Krieges so viel über die Verpflegung der Wohnungsnot geschrieben, philosophiert und debattiert worden, nur zum Handeln, zur Tat, ließ man es an den meisten Orten fehlen, so auch hier in Achern.

Durlach, 16. Mai. Ueber Wohnungsnot und baugewerkchaftliche Selbsthilfe sprach am letzten Mittwochabend in einer von der gemeinnützigen Vaugenossenschaft Durlach einberufenen öffentlichen Versammlung in der „Reichshalle“ Landeswohnungsinpektor Dr. Kamppfmeier. Die Versammlung hätte in Anbetracht der Wichtigkeit des Gegenstandes einen besseren Besuch verdient. Einleitend wies der Vorstehende, Herr D. Ettinger, auf die Bedeutung der Wohnungsfrage und deren gegenwärtigen Stand in Durlach hin. Nach einer im Jahre 1912 aufgenommenen Wohnungszählung standen von 3212 Wohnungen 79 leer = 2,4 Proz., eine 1918 vorgenommene Wohnungszählung ergab 3575 Wohnungen, darunter 20 leerstehende gleich 0,5 Proz., während bei der letzten im Januar 1919 durchgeführten Zählung bei 3503 Wohnungen nur 4 leerstehende festgestellt wurden, die zudem noch teilweise wegen mangelhafter Beschaffenheit unbewohnbar sind. Sodann besprach Herr Regierungsrat Dr. Kamppfmeier die Ursachen und das Entstehen der Wohnungsnot im allgemeinen und schilderte an der Hand von praktischen Beispielen aus seiner Tätigkeit die Gefahren, die durch das Zusammenrücken großer Familien in kleinen Wohnungen oder in solchen, die eigentlich mehr oder weniger als unbewohnbar gelten sollten, Redner befaßte jedoch die Schwierigkeiten des Bauens in der gegenwärtigen Zeit, mangelhafte Materialbeschaffung, ungesunde Materialpreise usw., die privaten Unternehmern das Bauen unmöglich machen, besonders das Bauen von Kleinwohnungen, der eine Verjüngung des Anlagkapitals aus Mietsverträgen schlechterdings undurchführbar sei. Redner gab eine kurze Darstellung des Weisens, der Entstehung und Entwicklung der gemeinnützigen Vaugenossenschaften in Baden, deren Zahl in den letzten Monaten rapid zunahm. Er legte jedoch noch die Voraussetzungen dar, unter welchen Reich, Staat und Gemeinden



Bekanntmachung ersichtlich. — Die Stadtverwaltung hat im Interesse der Volksgesundheit...

Einen guten Gang machte am Samstag die Volkswirtschaft...

Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter Deutschlands.

Im Volkshaus zu Weimar tagte am 4., 5. und 6. Mai der Verbandstag...

Vor in die Tagesordnung eingetragen wurde, die zur Hauptfrage des Punkts Tarifvertrag enthält...

Den Bericht über den Stand des Verbandes gab Paeplow. Einleitend trifft er die Schwierigkeiten...

Es sprach noch Fräulein Köhn, Pieglar-Münster, Claus-Berlin, Muth-Rhein, Dengerl-Neustadt...

Es erfolgte die Abstimmung über die vorliegenden Anträge zum ersten Punkt der Tagesordnung...

Der Bericht des Verbandsausschusses gibt der Vorsitzende Daehne-Verlin...

Ueber die Redaktion und Expedition des „Grundstein“ berichtet der Redakteur Ellinger...

In der Diskussion sprachen als Kritiker der Verbandspolitik und des Vorstandes die Delegierten...

Kollege Winig, der als Gast erschienen ist, erhält das Wort und führt aus...

Es sprach noch Fräulein Köhn, Pieglar-Münster, Claus-Berlin, Muth-Rhein...

In den Schlussworten wenden sich unter überwiegender Mehrheit Ellinger und vor allem Paeplow...

Es erfolgte die Abstimmung über die vorliegenden Anträge zum ersten Punkt der Tagesordnung...

Ueber den Abschluß eines neuen Tarifvertrages berichtet Paeplow...

Nach einer meist zustimmenden Diskussion wird ein Antrag angenommen...

Der Abschluß des Tarifs für das Hoch- und Tiefbaugewerbe wird gegen 6 Stimmen angenommen...

Einige zum Statut gestellte Anträge wurden nach kurzen Beratungen und Abstimmungen abgelehnt...

Der Abschluß des Tarifs für das Hoch- und Tiefbaugewerbe wird gegen 6 Stimmen angenommen...

Die Sozialisierungsfrage sprach Ellinger, Redakteur des „Grundstein“...

Die Sozialisierungsfrage sprach Ellinger, Redakteur des „Grundstein“...

Der Bericht über den Stand des Verbandes gab Paeplow...

Der Bericht über den Stand des Verbandes gab Paeplow...

Der Schwarzwaldführer mit 9 Karten. Volksbuchhandlung der Sozialdemokratischen Partei.

Hygiene der Ehe. Aertlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel...

Ortskrankenkasse der Dienstboten. Bekanntmachung. Paul Beschütz des Ausschusses unserer Kasse...

Reichswehr! Freiwillige! Garde-Kavallerie-Schützen-Korps. Durlach: Friedrichschule, Zimmer 16/17.

Die Nachtheit. Behördlich freigegeben, 20 verich. entfallende Akt- u. Modestarten...

Kräutze. Günstigste Preise. Saubere, saftige, gesunde, nahrhafte...

Freikorps Hülsen sucht Freiwillige aller Waffen. Bekannte Bedingungen. Militärpapiere mitbringen.

Mail-Geschirre. werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2308. Geschirr-Reparaturanstalt.

Keine Wanzemehr für nur mit Kammerjäger Berg's Nicodanal 10 Hz zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvermeidung.

Nat u. Hilfe! Flechtenleiden. Mandolinen, Gitarren, Sitarren, Zithern, Ziehharmonikas.

Achtung! Gitarre Häuser. Karl Holz, Herdstraße 75. Herdstraße 75.

Samt-Vorhänge. schöne, grüne, sowie in rote Portiere bis zu 10 l. Waldstr. 75, III. 3819.

Advertisement for a local newspaper or community notice, including contact information for various services and organizations in Karlsruhe.

